		AZ:	-20.4-al-te- Frau Alffen
--	--	-----	--------------------------

Mitteilung-Nr.: 0492/2013/MV

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	07.11.2017	Ö	Kenntnisnahme
Ratsversammlung	21.11.2017	Ö	Kenntnisnahme

Betreff:

**Städtische Beteiligungen:
Umsetzung des Gesetzes zur
Stärkung der Kommunalwirtschaft
vom 21. Juni 2016**

Allgemeines:

Am 29. Juli 2016 ist das Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft vom 21. Juni 2016 in Kraft getreten (GVOBl. Schl-H. S. 528; siehe Anlage 1). Damit einhergehend wurde auch die Gemeindeordnung (GO) hinsichtlich der Vorgaben zur wirtschaftlichen Betätigung und privatrechtlichen Beteiligung von Gemeinden geändert.

Das Gesetz erweitert zunächst die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Kommunen und ihrer Unternehmen, hält die Kommunen jedoch im Gegenzug dazu an, sich die zur angemessenen Steuerung und Kontrolle ihrer Unternehmen erforderlichen Rechte vorzubehalten und sie in den Gesellschaftsverträgen bzw. in den Satzungen ihrer Unternehmen zu verankern (siehe §§ 102, 109a GO). Anders als bisher wird dabei nicht danach unterschieden, ob die Kommunen an den Gesellschaften unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.

Hervorzuheben sind insbesondere folgende Änderungen und Erneuerungen:

- Die Kommunen sollen zukünftig durch Verankerung in den Satzungen bzw. Gesellschaftsverträgen sicherstellen, dass sie einen angemessenen Einfluss, insbesondere in den Überwachungsorganen der Unternehmen erhalten. So ist ihnen insbesondere das Recht einzuräumen, Mitglieder in Aufsichtsräte oder andere Überwachungsorgane zu entsenden und den entsandten sowie den auf ihre Veranlassung hin gewählten Mitgliedern Weisungen zu erteilen, zumindest bezüglich der Steuerung der Unternehmen zur Erreichung strategischer Ziele. Dies gilt jedoch nur insoweit, als dass keine anderen Vorschriften, wie etwa denen des Mitbestimmungsrechts, entgegenstehen (§ 102 Abs. 2 Ziff. 3 GO).
- Den Kommunen steht es fortan wieder frei, wen sie als Vertreter/innen in die Gesellschafterversammlungen ihrer Unternehmen bestellen (§ 104 Abs. 1 GO).

- Den gesetzlichen Vertreter/innen der Kommunen ist fortan, kraft Amtes und unabhängig von einer Bestellung als Vertreter/in, durch Verankerung in den Satzungen bzw. Gesellschaftsverträgen das Recht einzuräumen, an den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen zumindest teilnehmen zu können (§ 102 Abs. 2 Ziff. 4 GO).
- Ferner sollen die Gemeinden darauf hinwirken, dass die Unternehmen Maßnahmen ergreifen, die der Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frauen und Männern dienen. Über diese Maßnahmen und deren Wirksamkeit ist der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde alle vier Jahre unter Einbindung der zuständigen Gleichstellungsbeauftragten zu berichten (§ 1 Abs. 1a GO).

Für nähere Informationen zum Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft wird auf den Einführungserlass des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten verwiesen (Anlage 2).

Geplante Umsetzung:

A. Anpassung und Standardisierung der Gesellschaftsverträge / Satzungen

Die Gesellschaftsverträge und Satzungen (Statute) der städtischen Gesellschaften und Kommunalunternehmen der Stadt Neumünster sind gemäß § 102 Abs. 5 GO grundsätzlich an die Vorgaben des § 102 Abs. 2 GO anzupassen bis zum **31.12.2020**

1. Auswertung der Statute hinsichtlich des Änderungsbedarfs bis zum **1. Hj. 2018**
2. Beschluss der RV über einheitlich formulierte Regelungsinhalte bis zum **2. Hj. 2018**
3. Einarbeitung der Regelungsinhalte in die Gesellschaftsverträge bis zum **2. Hj. 2018**
4. Beschluss der RV über die geänderten Gesellschaftsverträge bis zum **1. Hj. 2019**

B. Erstellung einer stadt eigenen Beteiligungsrichtlinie bis zum **1. Hj. 2019**

Zur Standardisierung der Prozess- und Kommunikationsabläufe zwischen den beteiligten Akteuren seitens der Gesellschaften und der Gesellschafterin sowie zur Konkretisierung der Regelungen der Gesellschaftsverträge und Satzungen wird seitens der Verwaltung der Entwurf einer stadt eigenen Beteiligungsrichtlinie für sinnvoll erachtet.

Bisher erfolgte Schritte:

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft findet derzeit eine Auswertung der Gesellschaftsverträge und Satzungen der städtischen Gesellschaften und Kommunalunternehmen der Stadt Neumünster hinsichtlich der geänderten Vorgaben der Gemeindeordnung in enger Zusammenarbeit der Beteiligungsverwaltung und des Fachdienstes Recht statt.

In Ergänzung der Anpassung der Gesellschaftsverträge und Satzungen wird überdies derzeit an dem Entwurf einer stadt eigenen Beteiligungsrichtlinie gearbeitet.

Nächste Schritte:

Erste Entwürfe möglicher einheitlich formulierter Regelungsinhalte zur Änderung der Gesellschaftsverträge und Satzungen werden der Selbstverwaltung voraussichtlich im 2. Halbjahr 2018 vorgelegt und sollen als Grundlage für weitere Abstimmungsgespräche zwischen der Verwaltung, Selbstverwaltung und den städtischen Gesellschaften und Kommunalunternehmen dienen.

Im Auftrage

Dr. Tauras
Oberbürgermeister

Dörflinger
Stadtrat

Anlagen:

- Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein vom 28. Juli 2016 (Anlage 1)
- Einführungserlass des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten zum Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft vom 2. September 2016 (Anlage 2)